

Pöfener Zeitung.

Dreißundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Spezial-Vertheilung
bei G. H. Meier & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Leseritz bei Ph. Matthias.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Haube & Co.,
Krausenfeld & Nagler,
Rudolph Hage.
In Berlin, Dresden, Götting,
beim „Invalidendank“.

Nr. 818.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 20. November.

Inferate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeitspaltel oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 19. November. Der König hat geruht: die Wahl des Direktors der Realschule in Garburg, Dr. Schulze, zum Direktor der Ringerschule in Frankfurt a. M. zu bestätigen; sowie dem Rechtsanwalt und Notar Gräbe in Rinteln den Charakter als Justizrath zu verleihen.
Dem Regierungs-Assessor Mende ist die Stelle eines Mitgliedes der Provinzial-Steuerdirektion zu Posen verliehen worden.
Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. Schrader zu Spremberg ist zum Kreisphysikus des Kreises Schönau ernannt worden. Dem Oberlehrer am Gymnasium zu Torgau, Götting, ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 19. November.

Das Herrenhaus wird seine Arbeiten am 13. Dezember aufnehmen und bis zum 18. Alles erledigen, was ihm bis dahin vorliegt. Ursprünglich gedachte das Präsidium schon vorher eine Sitzung zur Berathung bezw. Beschlussnahme über das Gesetz, betreffend die Weichselstädte-Bahn, anzuberaumen; doch ist davon Abstand genommen worden, nachdem verlautete, die Regierung werde in Erwartung der Zustimmung des Hauses sofort Mittel anweisen, damit die Arbeiten beginnen können und der nothleidenden Bevölkerung zunächst Erwerb zugeführt werde.

Die preussische Regierungs-Kommission, die sich mit den Fortschritten des Hausfleisches in Dänemark, Schweden und Norwegen bekannt machen soll, ist dänischen Blättern zufolge am Donnerstag vollzählig in Kopenhagen versammelt gewesen. Die Mitglieder der Kommission sind: Geheimer Ober-Regierungsrath Lüders, Geheimer Regierungsrath Schneider und Schulrath Bertram aus Berlin, Konsistorialrath Brandt aus Danabrud, Direktor Lösche aus Schmiedeberg, Geheimer Ober-Regierungsrath Sander aus Breslau und Dr. v. Schenkenborff aus Görlitz. Rittmeister Clauson-Kaas, der längere Zeit in Deutschland verweilt und Vorträge über die Hausfleischfrage gehalten hat, ist zugleich mit der Kommission nach Kopenhagen gekommen und wird die Führung derselben in Dänemark übernehmen.

Der in Aussicht gestellte offizielle Bericht über die ultramontan-orthodoxe Verbrüderungsversammlung in Frankfurt am 10. d. M. ist noch nicht zugänglich geworden, allein über die Frage, in welchem Maße sich einflussreiche und politisch bedeutende Persönlichkeiten (die letztere Bezeichnung auch nur relativ verstanden) betheiligt haben, läßt sich schon nach den vorliegenden Mittheilungen urtheilen. Wenn, so wird hierzu der „Köln. Ztg.“ aus Süddeutschland geschrieben, aus Altpreußen nur Graf Schulerburg-Beetzendorf und der Geheimrath Wagener als Matadors genannt werden und alle eigentlichen Politiker der Kreuzzeitungspartei durch ihre Abwesenheit gänzten, so kann dafür der stärkere Zug aus den orthodoxen Kreisen des Großherzogthums Hessen und dem gleichfarbten rheinisch-westfälischen Strich keinen Ersatz liefern. Bezeichnend war es schon, daß zwei heftige Standesherrn, Graf Solms-Laubach und der Konventit Fürst Jfenburg-Bierlein, den Vorsitz führten. Mit der Betheiligung aus Süddeutschland muß es, mag man die Stimmen nun zählen oder wägen, gleich schlecht ausgefallen haben; so wird von Baiern gemeldet, daß ultramontanerlei der gänzlich einflusslose Dr. Guttler von Augsburg und aus der Pfalz Dr. Jäger von der Pfälzer Zeitung theilnahmen, während die bairische Zunge der Deutsch-konservativen nur durch zwei Herren aus Erlangen vertreten war. Von Theilnehmern aus Berlin und Württemberg wird vorerst gar nichts berichtet, und jedenfalls geht aus dem schon jetzt Bekannten hervor, daß die Politiker unter den bairischen Deutschkonservativen auf den Freiherrn v. Feschenbach ebensowenig bauen, als die einflussreichen Ultramontanen. Kein Jörg, kein Frankenstein ließ sich blicken. Was diese Versammlung beschloß, war neben den obligaten Verbammungsurtheilen gegen Simultanschule und Zivilehe (nun steht man erst, was der Konventikelbeschluss in Stuttgart bezweckte), Aufhebung der preussischen Maigesetze, welche, genau genommen, die heftigsten Standesherrn und die übrigen süddeutschen Theilnehmer nichts angeht, Wiederherstellung der aufgehobenen kirchen-rechtlichen Artikel der preussischen Verfassung und überdies Herübernahme derselben in die deutsche Reichsverfassung. Dies mußte natürlich auch den ultramontanen Politikern behagen, wie denn nicht zu leugnen ist, daß die neuliche Versammlung in Anbetracht ihrer unbedeutenden Zahl und Zusammensetzung den Mund recht vollgenommen hat. In Berlin während der Reichstags-Session soll das Stück auf einer größeren Bühne wiederholt werden, aber schwerlich wird der Erfolg ein besserer sein. Zu den wunderbarsten Luftblasen, welche der sogenannte konservative Hauch neuerdings aufgetrieben hat, gehört gewiß diese Vereinigung, in welcher der Geheimrath Wagener wieder eine Rolle spielen kann. Gutes kann eine solche Karikatur auf deutsche und konservative Bestrebungen immerhin insoweit wirken, als anderen

Leuten klar wird, was es mit einem Theile ihrer konservativen Gefolgschaft auf sich hat und wie konfus es in gewissen Köpfen aussieht, welche sich zur Führerschaft der Nation mitberufen glauben. Wir gönnen gewissen berliner Kreisen die Berlegenheit, welche ihnen die geplante Fortsetzung der frankfurter Versammlung an der Spree bereiten wird, von ganzem Herzen.

Der Kommission für die Verwaltungs-gesetze lagen in der vorgestrigen Sitzung zwei Anträge auf Abänderung der §§ 16 und 23, die Befugnis des Kreis-Ausschusses betr., vor. Im Allgemeinen war Einverständnis darüber vorhanden, daß eine engere Verbindung zwischen dem Landrath und dem Kreis-Ausschusse herzustellen bezw. festzuhalten sei, als in dem Gesetzentwurf der Regierung vorgesehen worden. Dagegen gingen die Ansichten darüber auseinander, ob dieser Zweck durch spezielle Aussonderung der dem Kreis-Ausschusse zuzuwiesenden Angelegenheiten oder durch Aufstellung allgemeiner Sätze für eine derartige Aussonderung oder durch vollständige Einsetzung des Kreis-Ausschusses als Aufsichtsbehörde zu erstreben sei. Die Regierung vertheidigte ihre Vorlage mit dem Hinweis auf das durch die ganze Staatsverwaltung gehende System, die Aufsicht einer Einzelperson zu übertragen und mit dem Wunsche, den Klagen über Belastung des Kreis-Ausschusses mit unerheblichen Sachen Abhilfe zu schaffen. Die Kommission nahm schließlich den zweitgestellten Abänderungs-Antrag zu § 20 an, welcher die in Alinea III. der Vorlage dem Landrath zugeschriebene Aufsicht an den Kreis-Ausschuss überträgt und bezüglich der Gemeindebeschlüsse wegen Aufbringung der Gemeinde-Abgaben und Dienste dem Vorsitzenden des Bezirksrathes die Einlegung der weiteren Beschwerde an den Minister des Innern gegen den auf Beschwerde vorgehenden Beschluß des Bezirksrathes zuerkennt. Die bei § 16 beantragte völlige Uebertragung der Aufsicht an den Kreis-Ausschuss erlangte die Majorität nicht. Die §§ 17 und 18 wurden unverändert angenommen. Zu § 19 wird beantragt, der Gemeindevertretung die Beschlussfassung auch über die Ordnungsmäßigkeit der Wahl eines Gemeinde-Vorsitzers oder Schöffen oder eines sonstigen Gemeinde-beamten zu übertragen. Die Staatsregierung widersprach diesem Antrage, weil dadurch bei der Besetzung der Stelle des Gemeindevor-sitzers bedenkliche Schwierigkeiten und Verzögerungen entstehen könnten, und weil der Grundsatz festgehalten werden müsse, daß nicht neben dem Bestätigungsrechte der Staatsbehörden noch ein Streitverfahren zugelassen werde, welches zu Widersprüchen zwischen den Behörden und den Verwaltungsgerichten führen könnte. Dabei wurde konstatiert, daß nach dem Vorschlage der Regierung gegen eine Versagung der Bestätigung nur eine Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde zulässig sein würde. Die Kommission nahm den § 19 an mit einem Zusätze, wonach über Einprüche gegen die Gültigkeit der vorbestimmten Wahlen dem Kreis-Ausschusse im Verwaltungsstreitverfahren zugewiesen wird. — Gegen den § 20 wurde bemerkt, daß darin nicht klargestellt sei, wer den Einspruch erheben dürfe und wem außerdem die Klage zustehe. Die Vertreter der Staatsregierung erklärten, daß die Bestimmung hierüber in den Gemeindeordnungen getroffen resp. zu treffen sei, daß übrigens jedenfalls Demjenigen die Klage zustehe, dessen Wahl in Frage gestellt werde. Der § 20 wurde vorbehaltlich Aenderungen bei der zweiten Lesung angenommen.

Die österrreichische „Wohrzeitung“ äußert sich über die Klausenburger Affaire wie folgt:

„So lange es in Ungarn als ein besonderer Akt von Patriotismus gelten wird, die Symbole der Gemeinsamkeit mit Oesterreich zu verhöhnen, so lange der aufdringliche Größenwahn des kleinen Volkes nicht von den Ungarn selbst als Wahnsinn erkannt wird und so lange die österrreichischen Offiziere Menschen aus Fleisch und Blut sind, wird die gleiche Ursache immer die gleichen Wirkungen haben, wie verschiedene und wie wichtig sich auch die Anlässe gestalten mögen. Darüber hat man sich in unserem Staate wahrlich nicht zu beklagen, daß mit einem Offizier, der einem Bürger Unrecht gethan hat, alku glimpflich verfahren wird. Im Gegentheil! Der Offizier findet bei derartigen Anlässen kein eswegs jenen sagenhaften „Schutz von Oben“, wie es sämtliche ungarischen Journalisten zu glauben scheinen, sondern er findet „von Oben“ nur die volle Strenge des Gesetzes. Das weiß der Offizier recht gut; er weiß, daß er fast immer seine Charge und seine Karriere und, weil einem aus solchem Grunde gemäßigten Offizier auch die Gesellschaft verschlossen ist, zumeist seine ganze Existenz riskirt. Das weiß der Offizier und es muß deshalb schon eine recht aufdringliche Provokation sein, die ihn trotz dieser Ausichten zu einer gewaltthätigen Handlung verleitet.“

Wie bereits telegraphisch berichtet, hat die ungarische Regierung sich entschlossen, den Weg zu suchen, um das deutsche Theater in Pest nachträglich wieder zuzulassen, und es hat denn natürlich auch den Weg gefunden. Der pester Ober-Stadthauptmann Theiß hat dem Theaterdirektor Müller, nachdem dieser eine Audienz beim Kaiser Franz Joseph gehabt hatte, die Konzession für das Theater in Pest erteilt, nachdem vorher für ganz Ungarn deutsche Theater konzessionirt worden waren. Der pester Ober-Stadthauptmann hat die Stellung eines Polizeidirektors und ist vom Ministerium des Innern abhängig. Als das autonome pester Municipium dem deutschen Theater die Thüre gewiesen hatte, da bestätigte Ministerpräsident Tisza aus formellen Gründen den Bescheid der Stadtverwaltung, er erklärte, kein gesetzliches Mittel zu haben, um den Beschluß unzustofen. Jetzt ist der Ober-Stadthauptmann in der Lage, zu thun, was der Ministerpräsident nicht vermochte, er kann faktisch einen Beschluß des Municipiums umstofen. Das ungarische Ministerium konnte sich über den Eindruck, welchen jenes Verbot in Deutsch-Oesterreich und dem deutschen Reich hervorgerufen hatte, keiner Täuschung hingeben. Herr v. Tisza war staatsmännisch genug, eine so unglücklich gewählte Position zu verlassen. Wir würden es, meint die „Nat.-Ztg.“, mit großer Befriedigung begrüßen, wenn in diesem Schritt der Beginn einer neuen Politik des leitenden Volksstammes in Ungarn gegenüber dem deutschen Element läge, können eine solche sanguinische Ansicht allerdings bis jetzt noch nicht fassen.

Wie der „Standard“ erfährt, wäre die Kabinettskrisis in England vorläufig als beseitigt anzusehen und die Minister Chamberlain und Bright blieben im Kabinet; auch das Parlament solle nicht unverzüglich um außerordentliche Gewalten betreffs Irlands angegangen werden.

In dem den naturalisirten Deutschen in den Unionsstaaten Nordamerikas zugefertigten Zirkulare des Staatsdepartements werden, wie weiter mitgetheilt wird, keinerlei neue Prinzipien aufgestellt, es handelt sich dabei vielmehr um eine einfache Erläuterung des Naturalisationsvertrages. Die naturalisirten Deutschen werden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß man ihnen keinerlei Garantien dagegen geben könnte, daß die Behörden während eines Aufenthalts in Deutschland gegen sie einschritten, wenn ihre Verhältnisse zu den Gesetzen ihrer früheren Heimath zweifelhaft sein sollten oder eine Nichtigstellung erheischten. Der Schutz der Vereinigten Staaten werde aber fast immer wirksam sein, wenn sie kein Verbrechen begangen oder während der Dienstzeit im deutschen Heere der Desertion sich nicht schuldig gemacht hätten, oder wenn sie frei wären von einer gesetzlichen Verpflichtung, sich den Behörden zu stellen. Das Zirkular erkennt übrigens ausdrücklich an, daß die deutsche Regierung in den Fällen, wo die dem Naturalisationsvertrage in Bezug auf die Eltsasser gegebenen Auslegungen von einander abgewichen seien, immer in für die Auffassung der Unionsregierung günstiger Weise entschieden habe.

Der „Standard“ erfährt durch Privatdepeschen, die chilenische Flotte habe vor einigen Tagen Valparaiso verlassen, um zur Belagerung Lima's in Callao ans Land zu setzen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 19. Novbr. [Zur Interpellation Hänel. Der Volkswirtschaftsrath.] Da unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß die Meldungen von einer morgen seitens der Regierung zu erwartenden „schneidigen“ Zurückweisung der antijüdischen Agitationen vollkommen unbegründet war; die Antwort des Ministeriums auf die Interpellation wird im Wesentlichen formeller Natur sein, so daß sie die Interpellanten nicht befriedigen und diese daher wohl in Uebereinstimmung mit den Konservativen und Klerikalen, welche auf einer Debatte über die Interpellation bestehen, eine solche herbeiführen dürften. Vorläufig sind alle Erörterungen darüber, ob es rätlich war, diese Verhandlung zu veranlassen, müßig, wie zahlreich sie auch angestellt werden; lediglich von der Art, wie die Angelegenheit von den liberalen Rednern angefaßt werden wird, kann die Ansicht über jene Kontroverse bedingt werden, denn trotz einzelner Ausschreitungen, Taktlosigkeit und Fehler, welche unzweifelhaft auf jüdischer Seite begangen worden, ist die Sache, welche die Interpellanten vertreten, eine gute, deren Prozeß bei richtigem Verfahren der Anwälte vor dem Forum der öffentlichen Meinung gewonnen werden muß. — Heute Abend publizirt der „Reichsanz.“ die kgl. Verordnung, durch welche der Volkswirtschaftsrath für Preußen begründet wird, nachdem der Inhalt bereits Vormittags dem heute zusammengetretenen Handelstage mitgetheilt worden war. Ueber „wichtigere“ wirtschaftliche Gesetzentwürfe und Abstimmungen Preußens im Bundesrath soll dieser Volkswirtschaftsrath „in der Regel“ gutachtlich gehört werden; diese Bestimmung im § 1 beweist schon, wie sehr die gesammte Bethätigung der neuen Institution vom Willen der Regierung abhängen wird. Noch mehr wird dies durch die Zusammensetzung bedingt: von 75 Mitgliedern werden 30 schlechtweg ernannt, und die 45 anderen aus einer doppelt so großen Zahl von Personen, welche die Handelskammern und landwirtschaftlichen Vereine präsentiren, ebenfalls ernannt! Warum die Gutachten einer solchen Körperschaft mehr Werth haben sollen, als die der längst bestehenden Interessen-Vertretungen, welche aus freier Wahl hervorgehen, ist unverständlich. Eine Geldforderung an den Landtag ist dem Anschein nach nicht beabsichtigt, auch kaum nothwendig, da von den 75 Mitgliedern die auf Präsentation ernannten 45 keine Diäten und Reisekosten erhalten sollen, diese Ausgaben für die anderen 30 Mitglieder sich aber leicht aus dem Fonds für Sachverständige bestreiten lassen. Trotzdem wird die Verordnung ohne Zweifel im Abgeordnetenhause zur Sprache kommen; ist es doch klar; daß die Bedeutung der auf einem Gesetze beruhenden Handelskammern durch den Volkswirtschaftsrath, wenn nicht herabgedrückt werden muß, so doch herabgedrückt werden kann.

— Durch die Vorschrift in § 4 der allgemeinen Verfügung des Justizministers vom 23. Juli 1879 ist angeordnet, daß die im § 14 Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 bezeichneten Kantonsgerichte abzugeben seien, zu dessen Bezirk der Sitz des aufgehobenen Gerichts gehört. Sofern im einzelnen Falle das Amtsgericht, an welches auf Grund dieser Vorschrift die älteren Nebenregister abgegeben

worden sind, mit demjenigen Amtsgericht, welchem nach der Bekanntmachung der Minister der Justiz und des Innern vom 1. Juli 1879 seit dem 1. Oktober 1879 die Aufbewahrung der Nebenregister obliegt, nicht identisch ist, sind, nach einer allgemeinen Verfügung des Justizministers vom 25. v. M., jene ältere Nebenregister nummehr gleichfalls an das zuletzt gedachte Amtsgericht abzugeben. — Der Minister des Innern hat diese allgemeine Verfügung den Ober-Präsidenten zur Kenntnissnahme und weiteren Veranlassung mitgetheilt.

Gesekentwurf, betreffend Viehseuchen.

(Fortsetzung.)

§ 16. Die näheren Vorschriften über die Vertheilung der von den Verbänden zu erhebenden Beträge auf die Besitzer der im § 15 bezeichneten Thiere, über die Ausschreibung und Erhebung der Beiträge, über die Auszahlung der Entschädigung und über die Verwaltung etwaiger aus den Ueberprüfungen der Abgabe gebildeter Fonds werden von der Vertretung der Verbände durch Reglements festgesetzt, welche der Genehmigung der Minister des Innern und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bedürfen.

Die in den einzelnen Landestheilen bestehenden, auf Grund der Vorschriften im § 60 des Gesetzes vom 25. Juni 1875 (Gesetz-Sammlung Seite 306) erlassenen Reglements bleiben bis zum Erlasse neuer Reglements mit der Maßgabe in Kraft, daß in Betreff der Entschädigung für auf polizeiliche Anordnung getödtete oder nach dieser Anordnung an der Seuche gefallene Thiere die durch die §§ 57 bis 64 des Reichsgesetzes und durch den § 13 des gegenwärtigen Gesetzes gebotenen Abänderungen mit dem 1. April 1881 eintreten, und daß von demselben Zeitpunkt ab in Betreff der Entschädigungs- und Beitragspflicht Esel, Maulthiere und Maulesel gleich den Pferden behandelt werden.

§ 17. Der gemeine Werth der auf polizeiliche Anordnung getödteten oder nach dieser Anordnung an der Seuche gefallenen Thiere muß — im ersten Falle vor der Tödtung — behufs Ermittlung der Entschädigung durch Schätzung festgestellt werden. Die Schätzung der dem Besitzer zur Verfügung bleibenden Thiere erfolgt sogleich nach Feststellung des Krankheitszustandes des Thieres (§ 21).

Steht fest, daß in Gemäßheit des § 13 keine Entschädigung gewährt wird, so ist die Schätzung nicht vorzunehmen.

§ 18. Die Schätzung erfolgt durch eine aus dem beamteten Thierarzt und zwei Schiedsmännern gebildete Kommission.

Für jeden Kreis (Bezirksbezirk) sollen von den Kreis- (Stadt-) beziehungsweise Amtsausschüssen, wo solche nicht bestehen, von dem Kreisrathe, und in den Städten, welche einem Kreisverbande nicht angehören, von der Gemeindevertretung aus den sachverständigen Eingeweihten des Bezirks alljährlich diejenigen Personen in der erforderlichen Zahl bezeichnet werden, welche für die Dauer des laufenden Jahres zu dem Amte eines Schiedsmannes zugezogen werden können.

Aus der Zahl dieser Personen hat die Ortspolizeibehörde die Schiedsmänner für den einzelnen Schätzungsfall zu ernennen.

Die Schiedsmänner sind von der Ortspolizeibehörde eidlich zu verpflichten. Dasselbe gilt, wenn an Stelle des beamteten Thierarztes ein nicht beamteter Thierarzt zugezogen wird, für diesen, sofern derselbe nicht im Allgemeinen als Sachverständiger beeidigt ist.

§ 19. Personen, bei welchen für den einzelnen Fall eine Befangenheit zu besorgen ist, dürfen zu Schiedsmännern nicht ernannt werden.

Ausgeschlossen von der Theilnahme an der Schätzung ist Jeder

1. in eigener Sache;
2. in Sachen seiner Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
3. in Sachen einer Person, mit welcher er in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt, oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerenschaft begründet ist, nicht mehr besteht.

Personen, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, sind unfähig, an einer Schätzung Theil zu nehmen.

§ 20. Die Kommission hat über das Ergebnis der Schätzung eine von den Mitgliedern derselben zu unterzeichnende Urkunde aufzunehmen und dieselbe der Ortspolizei zu übergeben.

Das Ergebnis der Schätzung ist im Falle der Entschädigungsleistung für beide Theile verbindlich.

Hat eine ausgeschlossene oder unfähige Person (§ 19 Absatz 2 und 3) an der Schätzung Theil genommen, so ist die Schätzung nichtig und zu wiederholen.

§ 21. Soweit eine Schätzung stattfindet (§ 17), muß sofort nach der auf polizeiliche Anordnung vollzogenen Tödtung, oder möglichst bald nach dem Eingehen eines Thieres der Krankheitszustand desselben rücksichtlich der Entschädigungsleistung festgestellt werden.

Die Untersuchung erfolgt, soweit erforderlich, nach zuvoriger Doffnung des Kadavers und sachverständiger protokollarischer Aufnahme des Befundes durch den beamteten Thierarzt und den von dem Besitzer etwa zugezogenen Sachverständigen (§ 16 des Reichsgesetzes).

Die Sachverständigen haben sich gutachtlich darüber zu erklären, ob durch den Befund ein Fall der Nothkrankheit oder der Lungenseuche oder eine sonstige Krankheit bei dem getödteten Thiere festgestellt ist, welche nach der Vorschrift in Ziffer 1 des § 62 des Reichsgesetzes in Verbindung mit der Bestimmung im § 13 des gegenwärtigen Gesetzes eine Entschädigung ausschließt.

Ergibt sich hierüber eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem beamteten Thierarzt und den von dem Besitzer zugezogenen Sachverständigen, so ist das Obergutachten der technischen Deputation für das Veterinärwesen einzuholen.

Durch die gutachtliche Erklärung des beamteten Thierarztes und der von dem Besitzer zugezogenen Sachverständigen, beziehungsweise durch das Obergutachten der technischen Deputation für das Veterinärwesen wird der Krankheitszustand des getödteten Thieres in Beziehung auf die Entschädigungsfrage endgiltig festgestellt.

§ 22. Die Verbände (§ 14) können beschließen, für an der Bodenseuche gefallene Schafe nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften eine Entschädigung zu gewähren:

- 1) die Entschädigung darf einschließlich des Wertes derjenigen Theile, welche dem Besitzer nach Maßgabe der polizeilichen Anordnungen zur Verfügung bleiben, nicht den durch Schätzung festgestellten gemeinen Werth des Thieres und in keinem Falle 50 M. für ein einzelnes Thier übersteigen;
- 2) keine Entschädigung wird gewährt in den Fällen der §§ 61, 62 und 63 des Reichsgesetzes;
- 3) zur Vertretung der Entschädigung, sowie der Kosten der Erhebung und Verwaltung der Beiträge und der Schätzung wird innerhalb des Verbandes nach Maßgabe der vorhandenen Schafbestände von den fämmtlichen Schafbesitzern ein verhältnismäßiger Beitrag aufgebracht.

Der Beitrag wird nicht erhoben für Schafe, welche dem Reiche oder den Einzelstaaten gehören, oder in Schlachthöfen oder in öffentlichen Schlachthäusern aufgestellt und erkrankt waren;

- 4) die näheren Vorschriften über den Betrag und die Auszahlung der zu gewährenden Entschädigung, über den Beitragsfuß und über die Erhebung und Verwaltung der Beiträge, sowie über die Schätzung der gefallenen Thiere werden von der Vertretung der Verbände durch Reglements festgesetzt, welche der Genehmigung der Minister des Innern und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bedürfen.

(Fortsetzung folgt.)

Locales und Provinzielles.

Posen, 20. November.

— **Rückkehr polnischer Priester aus Sibirien.** Mehrere nach Sibirien verbannte Priester erhielten die Erlaubnis zur Rückkehr in die Heimath. Einer derselben, Domberr Stecki, gerieth in Folge der freudigen Mittheilung in eine so hochgradige Gemüthsbewegung, daß er zu Boden fiel und nach kurzer Zeit starb. — Dem verbannten warthauer Suffraganbischof Kzewuski, der sich für kurze Zeit in die Heimath oder nach Krakau begeben wollte, um dort sein 50jähriges Priesterjubiläum zu feiern, und dann nach Sibirien zurückzukehren, wozu er sich durch sein Priesterwort verpflichten wollte, wurde indeß seine diesbezügliche Bitte abgelehnt.

— **Kosten.** 17. November. [Kredit-Institute.] Am hiesigen Orte existiren 3 Kredit-Institute, nämlich der Vorschuß-Verein E. G., der Vorschuß- und Erwerbs-Verein E. G. und die städtische Sparkasse, welche vorzugsweise dem Bauernstande mit Darlehen hilfreich zur Hand sind. Wenngleich es lobenswerth ist, daß die Stäter sich helfend den Bewohnern des platten Landes zuwenden, so ist es doch bedauerlich, daß der Handwerker und kleine Gewerbestand hierbei nicht genügend berücksichtigt wird. Es wäre wünschenswerth, wenn durch gemeinsame Veranbarung der beiden Vorschußvereine eine bessere Vertheilung der Darlehensgewährung an Hilfsbedürftige, sowohl des bäuerlichen als Handwerker- und kleinen Gewerbestandes einträte; während die Sparkasse sich ihrem eigentlichen Gebiet zuwenden möchte, nämlich der „Erweckung des Sparfamensinnes“ bei den unteren Klassen der Bevölkerung und nicht allein dem Streben nach einer guten Dividende. Ein Deputirter der hiesigen städtischen Sparkasse hat jüngst für eigene Rechnung ein bäuerliches Grundstück in der Subhastation ersehen müssen, um die Sparkasse vor Verlust zu schützen und einen etwaigen Tadel unvorsichtiger Geschäftsverwaltung abzuwenden. Möge dieses Vorkommniß bei der Sparkassen-Verwaltung die Erkenntniß bringen, daß eine privilegierte Sparkasse, welche durch das neue Vormundschafts-gesetz mit Mühseligkeiten überhäuft, nicht eine Hypothekenbank ist, sondern gegründet zur Erweckung von Sparfamensinn. Erst dann wird die Aufgabe der Sparkasse erfüllt sein, wenn wirkliche Sparsummen von Sparen der unteren Klassen vorhanden sind und das Streben nach hoher Dividende aufhört.

— **Postamt.** 17. November. [Postamt. Stadtverordnetenwahl.] Bei der hiesigen Postanstalt haben sich die Geschäfte im Laufe der letzten Jahre ganz bedeutend gemehrt. Von sehr großer Bedeutung ist besonders der Post- und Telegraphenverkehr während der Postzeit. Es werden zu dieser Zeit auf dem Telegraphenamt hier selbst nicht selten an einem Tage mehr als 100 Depeschen ausgegeben, während zu derselben Zeit eine nicht minder große Anzahl solcher von auswärts übernommen werden muß. Der Postverkehr, namentlich der Zustuß an Geldsendungen, ist während der Dauer des Postgeschäftes außerordentlich bedeutend, denn es gehen häufig zu dieser Zeit an einzelnen Tagen 90,000—100,000 M. bei der Postanstalt hierorts ein. Die Oberpostdirektion zu Posen hat unter Berücksichtigung dieser höchst günstigen Verkehrsverhältnisse sich veranlaßt gesehen, die hiesige Postanstalt, bisher Postamt 3. Klasse, vom 1. Januar f. J. ab zu einem Postamt 2. Klasse einzurichten. Wie verläutet, ist der Postmeister Hartwig zu Bunzlau in Schlesien zum Vorsteher des hiesigen Postamtes ernannt worden und wird derselbe am 1. Januar f. J. sein Amt hier selbst antreten. — Bei den heute hier selbst abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen sind zu Stadtverordneten auf die Dauer von 6 Jahren neugewählt worden in der ersten Abtheilung der Kaufmann Ernst Tepper und in der dritten Abtheilung der Kreissteuer-Einnehmer Wilhelm Schendel.

— **Wollstein.** 17. November. [Bienenzuchtverein.] Markt in Kopnik. Feuer.] Am 14. d. M. waren hier die Mitglieder des Bienenzuchtvereins vom städtischen Gasthause unter dem Vorsteher des bekannten Bienenzüchters Herrn Lehrer Günsel in Jaromier-Sauwand versammelt. Es wurde zuvörderst berathen, ob der hiesige Verein sich dem Bromberger Central-Verein anschließen soll. Die Majorität war aus finanziellen Rücksichten gegen den Anschluß. Demnach referirte der Herr Vorsitzende über die Bienenausstellung in Köln, an welcher er theilgenommen. Er kam schließlich zu dem Resultate, daß, wenn auch die Ausstellung sehr groß angelegt war, dieselbe doch den von ihr gehegten Erwartungen nicht entsprochen hat. — In Bezug auf die Anschaffung von Bienenwohnungen entschloß sich die Versammlung für die Doppelstöcke von Dr. Dierzon und in zweiter Linie für die Zwillingshöhlen ebenfalls von Dierzon mit Dathischen Nistkästen-Einrichtungen. — Der Pferdemarkt, sowie der Viehmarkt auf dem gestrigen Jahrmart zu Kopnik war nur spärlich besetzt. Es war auch nur wenig Kauflust vorhanden und es wurden trotz der gedrückten Preise nur wenig Geschäfte abgeschlossen. Auf dem Krammarkt war ebenfalls kein reges Leben. — Vor einigen Tagen brach in der Brauerei zu Odra auf eine bis jetzt noch unermittelte Weise Feuer aus, wobei das Kesselhaus sehr stark beschädigt wurde.

— **Rawitsch.** 16. November. [Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten.] Der im Jahre 1876 zum Abgeordneten der Ritterschaft des Kreises Kröben für den Provinziallandtag gewählte Rittergutsbesitzer Graf Sigismund Garnaeci auf Rusko (bekannt durch die Fahnenangelegenheit) hatte sein Mandat niedergelegt. Es erfolgte sonach heute die Neuwahl eines Abgeordneten. Im Wahltermine waren 20 Polen, worunter Graf Sigismund Garnaeci und Prinz Radziwill, sowie 15 Deutsche erschienen. Von den deutschen Wahlberechtigten fehlten: 1) Müller auf Bartoschewitz, 2) Woller auf Donie, 3) v. Weigel auf Konary, 4) Mühle auf Ponschobowo (franz), 5) Geppner auf Dzierzow, 6) Landsberg auf Krzyzanski. Yätten sich die Herren an der Wahl betheiligt, so würde der deutsche Kandidat Herr Rittergutsbesitzer Kennemann auf Renka zum Provinziallandtags-Abgeordneten gewählt worden sein, da dies aber nicht geschehen, so ging der Rittergutsbesitzer von Potworowski auf Gola mit 20 gegen 15 Stimmen aus der Wahl hervor. Dieser war bisher der zweite stellvertretende Provinziallandtags-Abgeordnete und mußte sonach eine zweite Wahl stattfinden. Wiederrum wurde ein Pole, der Rittergutsbesitzer Westerski auf Podreze, mit 20 gegen 15 Stimmen gewählt. Die Provinziallandtags-Abgeordneten für den Kreis Kröben sind demzufolge 3 Polen 1) v. Potworowski, 2) v. Stableski (Mitglied des Hauses der Abgeordneten), 3) Westerski. — Wenn der polnische Abgeordnete v. Stableski bei der Debatte im Abgeordnetenhause über die Kreis- und Provinzialordnung für Posen behauptete, daß die Polen auf kommunalem Gebiete niemals nationale Interessen verfolgen, so ist die heutige Wahl der schlagendste Beweis für das Gegentheil seiner Behauptung und sein und seiner polnischen Freunde Auftreten im Abgeordnetenhause doch nur ein phrasenhaftes.

— **Strzalkowo.** 16. Nov. [Einfuhr von Spiritus aus Rußisch-Polen.] Handel nach Rußland.] Am vergangenen Dienstage kam der erste Transport von Spiritus aus Rußisch-Polen hier an. Derselbe wurde bald darauf von dem hiesigen Haupt-Zoll-Amt amtlich verschlossen und dann durch den Expediteur Sotolowski aus Wreschen weiter zur Bahn nach Onien geschafft. — Der andauernd niedrige Kurs des russischen Papiergeldes (gegenwärtig 1 Rubel = 2 M. 48 Pf.) ruft eine nicht unbedeutende Steigerung des Handels von Rußland nach Preußen hervor. Dieses gilt besonders in Bezug auf Artikel, die nicht unmittelbar von der Grenze, sondern aus dem Innern Rußlands nach Preußen stammen. Aus diesem Grunde ist in dem verfloffenen Sommer der Gänsehändler von Rußland bedeutend stärker als früher betrieben worden und obgleich die Händler dort ziemlich bedeutende Preise zahlten (1 Gans mit ca. 1 Rubel) so haben sie doch noch ganz gute Geschäfte gemacht. Bis vor kurzem sah man noch Händler mit Gänseherden aus Rußland kommend, den hiesigen Ort passieren. Nach den angestellten Ermittlungen kann man wohl annehmen, daß im Laufe dieses Jahres gegen 60,000 Stück durch den hiesigen Ort gebracht worden sind. Ein zweiter Ausfuhrartikel

sind die Schweine. Fast an jedem Dienstage und Freitage, den Wochenmarktstagen in der nächsten russisch-polnischen Stadt Slupce, kann man bedeutende Herden von Schweinen auf der hier durchführenden Zollstraße antreffen. Aber auch an anderen Tagen begegnet man großen Herden Schweine, welche Händler im Innern Polens aufgefauft haben. Ganz besonders besorgen sich die Fleischer aus der Umgegend und den nächsten Städten, ja sogar einige aus Posen selbst von dort ihr Schlachtvieh an Schweinen. Nach ungefährender Schätzung kann man annehmen, daß jährlich ca. 30,000 bis 40,000 Stück, aus Rußland kommend, durch den hiesigen Ort gebracht werden. Ferner wurden in der Zeit, wo die Ausfuhr der Schafe von der kgl. Regierung freigegeben war, einige tausend Stück während eines Monats ausgeführt. Getreide hingegen, welches früher in großer Menge ausgeführt wurde, paßirt gegenwärtig nur in geringen Mengen, ein Beweis, daß auch in Rußisch-Polen die Getreideernte nicht günstig ausgefallen ist. Ziemlich bedeutend ist dagegen die Ausfuhr an Viehfutter, besonders an Heu. Wenn nun auch der niedrige Kurs des Rubels günstig an den Handel aus Rußland einwirkt, so hat er doch zum größten Theile den Handel aus Preußen nach dorthin haben gelegt. Den besten Beweis für diese Behauptung liefern die vielen Klagen der Kaufleute in den Ortlichkeiten längst der Landesgrenze. Diese meinen, daß es jetzt fast gar nicht mehr möglich ist, Waaren nach Rußisch-Polen abzusetzen. Selbstverständlich hat nämlich in Rußland der Rubel seinen Werth behalten und nur in dem Fall, daß es dem Kaufmann möglich ist, für das erhaltene ausländische Geld dort sofort andere Produkte einzukaufen, wieder in den Stand gesetzt, Geschäfte nach dorthin zu machen. Ebenso liegt auch jetzt der vor einigen Jahren noch in großem Flor stehende Schmuggel mit Schnittwaaren von hier nach Rußland fast ganz darnieder; am meisten wird noch Spiritus heimlich hinübergeschafft. Dies mag wohl seinen Grund darin haben, daß der Preis des gereinigten Spiritus bei uns nicht höher ist, als dort allein die Steuer dafür beträgt.

— **Schneidemühl.** 16. November. [Fahrlassige Gefährdung eines Eisenbahntransportes.] Die gestrige Strafkammer brachte eine Verhandlung wegen fahrlassiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Auf Bahnhof Ratel hatte am 26. November 1879 der Knecht Joseph Brzezynski sein Fuhrwerk dem Fornal Joseph Matelski zur Beaufsichtigung übergeben, weil er noch auf der Station zu thun hatte. Matelski aber verließ sowohl sein eigenes Fuhrwerk, als auch das übergebene, die Pferde sich selbst überlassend, um bei dem Fortschieben eines Waggons behilflich zu sein. In diesem Augenblicke setzte sich der Zug Nr. 33 von Ratel in der Richtung nach Bromberg in Bewegung. Das Schnauben der Maschine machte die Pferde beider Fuhrwerke zucken; sie setzten sich in schnelle Bewegung und gelangte eines der Fuhrwerke auf den Bahnhöfen. Zwar wurden beide Gefährte von anderen herbeieilenden Personen zum Stehen gebracht, der auf dem Bahnhöfen befindliche Wagen aber erst drei Schritte vor der Lokomotive, deren Führer unterdeß gebremst hatte. Daß der qu. Zug in Gefahr gewesen war, unterlag keinem Zweifel. Brzezynski wurde aber von der Strafkammer freigesprochen, weil er sein Fuhrwerk der Obhut des Matelski übergeben hatte. Matelski wurde wegen fahrlassiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu einer Woche Gefängniß verurtheilt und zur Tragung der Kosten, insofern ihm solche zufielen.

— **Obersicht.** 17. Nov. [Feuer.] Gestern Morgen zwischen 7 und 8 Uhr brach in einem Hause in dem nahe gelegenen Dorfe Grünberg Feuer aus, welches glücklicherweise gleich bemerkt wurde, und da sofort Hilfe da war, so konnte dasselbe nicht sehr um sich greifen. Das Feuer kam auf dem Oberboden heraus, auf welchem etwas Heu gelagert war und ist vermuthlich durch Unvorsichtigkeit entstanden. Zur Stelle waren die beiden hiesigen Spritzen mit den dazu gehörenden Mannschaften. Am Hause sind sechs Sparren stark verbrannt und ein großer Theil des Daches freigelegt.

Staats- und Volkswirtschaft.

— **Zur wirtschaftlichen Lage in Polen.** Ein früher in Polen angelegener Gutsbesitzer, der sich im Lenczyer Kreise in letzter Zeit einige Wochen aufgehalten hat, schildert die Lage der dortigen Landwirtschaft, zu denen emigrierte Deutsche ein starkes Kontingent stellen, als eine geradezu verzeiselte. Die andauernden Regengüsse während des Sommers haben den größten Theil der Ernte vernichtet. Wo das nasse Getreide in Staken zusammengefahren werden mußte, ist es so einander vermaassen, daß sie jetzt mit Haken auseinander gerissen werden müssen. Das Stroh liefert in Folge dessen nur schlechtes Streumaterial, die Körner sind vollständig unbrauchbar, die Theuerung ist deshalb bereits eine sehr bemerkbare. Der Korze (etwa zwei hiesige Scheffel) Weizen wird mit 10, Roggen mit 18 Rubeln 80 Kop. bezahlt. Der Korze Kartoffeln kostet in Warchau 4 Rubel. Im Lenczyer Kreise konnten in Folge der andauernden Nässe viele mit Zuckerrüben und Kartoffeln bestellte Schläge nicht abgeerntet werden, und dürfte der reichlich zu erwartende Ertrag wohl verloren sein, was die dortigen Landwirthe um so härter trifft, als sie hofften, hierdurch einen theilweisen Ersatz für den sonstigen Verlust an Futterstoffen zu erlangen. Große Flächen konnten mit Winterung nicht bestellt werden. Die Landwege sind in dem schweren Boden so grundlos, daß nur kräftige Pferde kaum im Stande sind, ein leichtes Fuhrwerk fortzuschaffen. Heu und Stroh, in gutem Befande, gehört zu den Seltenheiten. Stroh und Weizengarben, die noch einigermaßen gesund, wenigstens was das Korn anbetrifft, unter Dach gebracht worden sind, hat durch die Nässe derartig gelitten, daß es beim Drechseln mit der Maschine vollständig zu Spreu zerschlagen wird. Auf vielen Besitzungen wird sich die Nothwendigkeit als unüberwindlich herausstellen, die Viehstücke zu verringern, was einen dauernden Rückgang der Wirtschaften in ihrer Ertragsfähigkeit zur Folge haben muß. Genug, die Ausfuhr in ihrer Beziehung so traurig, daß der Eintritt ernstlichen Nothstandes unermesslich erscheint und man für das Frühjahr geradezu eine Katastrophe befürchtet.

— **5. Klasse der 98. Königlich Sächsischen Landes-Lotterei.** Ziehung vom 17. November 1880.

5000 M. No. 10950.	
3000 M. No. 3581 5059 10081 188 844 15261 997 16889 24624	
26434 30977 31022 38589 41216 42347 51577 53408 54515 571	
55274 94 913 58477 59512 60028 61500 76506 78704 80481 630	
84043 87997 88553 95960.	
1000 M. No. 4610 5005 6007 11212 14913 17060 506 2196	
22414 23006 424 24459 595 25867 28188 29317 34828 38723 39138	
42400 51299 52961 54231 58514 60156 308 62797 67711 68888	
70919 11335 12547 763 79588 80731 82687 84784 90654 93408.	
500 M. No. 3008 6575 8864 9378 10063 290 11028 371 1284	
13541 14073 17691 25356 27746 31024 32910 37027 38155 4122	
43949 45717 47812 50343 442 52820 53825 988 55890 58627 5941	
697 62357 64712 65610 69995 74653 77004 81202 82273 8384	
89863 93383 94757 95508 99200 415.	
300 M. No. 1223 53 349 3257 950 4703 6734 9248 9709 1058	
14262 15086 16955 18067 753 19196 20451 628 21286 22112 688	
23387 26792 27370 28031 29282 692 863 30392 31394 792 2471	
843 36003 189 38704 40973 41625 44173 45423 26 46143 4738	
69 48607 857 50838 51142 52255 85 709 55 78 919 53267 659 84	
54720 55579 735 946 58590 805 59312 60037 62169 687 63915 6450	
65380 66489 850 67369 68634 894 915 69775 70392 576 7163	
73158 825 75180 398 76238 78681 79333 80297 651 84179 68	
85296 507 86604 87468 945 88472 956 89485 90800 91713 9282	
93088 95904 68 96812 97045 305 52 931 98587 667 99869.	

— **Washington.** 19. November. [Erntebericht.] Nach den Berichten des landwirthschaftlichen Departements für den Monat Oktober ist der Ertrag der Weisernte etwas geringer als im Jahre 1879.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. November. Wind: S. Wetter: Schön. Weizen per 1000 Kilo loco 215-238 M. nach Qualität gefordert, f. weißer Uterm. - M. ab Bahn bez., gelber - M. ab Bahn bez., weiß. Poln. - M. ab Bahn bez., per November 213-213 bez., per November-Dezember 213-213 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 219-18-218 M. bez., Mai-Juni 220-219 M. bez. Gefündigt 8000 Ztr. Regulierungspreis 212 M. - Roggen per 1000 Kilo loco 215-222 M. nach Qualität gef., russischer - ab Bahn bez., inländ. 215-220 M. ab Bahn bez., feiner - M. ab Bahn bez., defekt. m. stark. Ausw. - M. ab Bahn bez., per November 217-215-216 M. bez., per November-Dezember 216 bis 214-214 bez., per Dezember-Januar 215-213-213 bez., per Januar-Februar - bez., per April-Mai 207-205-206 M. bez., per Mai-Juni 203-203-202 bez., per Juni-Juli - bez. Gefündigt 2000 Ztr. Regulierungspreis 216 M. bez. - Gerste per 1000 Kilo loco 145-200 nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 150-168 nach Qualität gefordert, russischer 150-155 bez., ost- und westpreussischer 151-157 bez., pommerischer und mecklenburgischer 155 bis 157 bez., silesischer 152-157 bez., böhmischer 152-157 bez., per November 153-153 M. bez., per November-Dezember 152-152 bis 152 bez., per April-Mai 155-154 M. bez. Gefündigt 2000 Ztr. Regulierungspreis 153 bez. - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 195-215 M., Futterwaare 182-191 M. - Mais per 1000 Kilo loco 140-143 n. nach Qualität gef., per April-Mai 138-8 bez., per November 140 M., per Dezember 144 M. per Januar 144 M.

rumänischer - ab Bahn bez., amerikanischer - ab B. bez. Gefündigt 3000 Ztr. Regulierungspreis 140 M. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50-30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. - Roggenmehl inkl. Sack 0: 30,50 bis 29,00 M., 0/1: 29,00-28,00 M., per November 29,00 bez., per November-Dezember 29,00 bez., per Dezember-Januar 29,00 bez., per Januar-Februar 29,00 bez., per Februar-März - M. bez., per April-Mai 29,00 bez., Mai-Juni 28,55 bez. Gefündigt - Ztr. Regulierungspreis - M. - Deliaat per 1000 Kilo Winteraps - M. Winterlinsen - M. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Fas 55,0 M., flüßig - M., mit Fas 55,3 M., November 55,2 M., per November-Dezember 55,2 M., per Dezember-Januar 55,2 M., per Januar-Februar 56,0 M., per Februar-März - bez., per April-Mai 57,2 bez., per Mai-Juni 57,6 bez. Gefündigt - Ztr. Regulierungspreis - M. - Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 31,6 M., November 29,7-29,5 bez., per November-Dezember 29,7-29,5 bez., per Dezember-Januar 29,7-29,5 bez., per Januar - bez., per Januar-Februar - bez., per Februar-März - bez., per April-Mai - bez. Gefündigt - Ztr. Regulierungspreis - M. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fas 58,1 bez., per November 57,9-57,6 bez., per November-Dezember 57,0-56,8 bez., per Dezember-Januar 57,0-56,8 bez., per Januar-Februar - bez., Februar-März - bez., per April-Mai 58,0-57,9 bez., per Mai-Juni 58,2-58,1 bez. Juni-Juli - bez. Gefündigt - Liter. Regulierungspreis - M. (Berl. Börsz. Ztg.)

Bromberg, 19. November 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: fester, hellbunt 200-210, hochbunt und glatt 210-220,

abfall. Qual 160-190 Mark - Roggen: fest, feiner, loco inländ. 200-205 M., ger. nach Qualit. 175-190 Mark. - Gerste: feine Brauwaare 160-170 M., große 150-160 Mark, kleine 135-145 M. - Hafer: loco 140-150 Mark. - Erbsen: Kochwaare 180-190 M., Futterwaare 170-180 Mark - Mais: Rübsen 55,50-56 M. - Rubelcours: 204.- M.

Stettin, 19. November. (An der Börse.) Wetter: Veränderlich. + 7 Grad R. Barometer 27,10. - Wind: SW. Weizen fester, per 1000 Kilo loco gelber 200-211 M., grüner 180-199 M., weißer 200-212 M., per November 216 M., grüner Frühjahr 217-216,5 M. bez. - Roggen etwas fester, per 1000 Kilo loco inländischer 200-210 M., Libauer - russischer 205-210 M., per November 214-13,5 M. bz., per Nov.-Dezember - M. bez., per Frühjahr 205-204 M. bez., per Mai-Juni - Gerste etwas fester, pr. 1000 Kilo loco märk. 161-164 M. bez. Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco 140-150 M. bez. - Erbsen ohne Handel. Mais per 1000 Kilo loco 144-147 M. Winterlinsen unverändert, per 1000 Kilo loco - M., per April-Mai 258 M. bez. - Rüböl ruhig, per 1000 Kilo loco ohne Fas bei Kleinigkeiten 56,5 M. Br., per November 56,1 M. B., November-Dez. - M., per April-Mai 57,25 M. B. etwas matter, per 1000 Liter vSt. loco ohne Fas 57,2 M. B. mit Fas - per November 57,8-57,4 M. bez., 1 abgelaufene Anmeldeung 57,3 M. bz., per Novbr.-Dezember 56,1 M. bz., per Frühjahr 57 M. bz. B. n. G., Mai-Juni 57,5 M. bz. Angemeldet: 1000 Ctr. Roggen, 10,000 Liter Spiritus. Regulierungspreise: Weizen 216 M., Roggen 214 M., Rüböl 55 M. Spiritus 57,6 M.

Berlin, 19. November. Die Börse zeigte heute in ihrem ganzen Verlaufe eine freundlichere Physiognomie, die vorteilhaft gegen den Charakter, welchen das Geschäft an den vorangegangenen Tagen trug, abthat. - Allerdings ist die Färbung der heutigen Stimmung immer noch nicht als Anzeichen dafür aufzufassen, daß ein durchgreifender Stimmungswechsel wirklich eingetreten wäre. Die herrschende Tendenz war in der Hauptsache wohl nur durch die Berichte, welche von den auswärtigen Börsen-Plätzen vorlagen, bedingt. Die innere Lage unseres Marktes hat sich nicht geändert; das Privat-Kapital bleibt der Börse fortwährend fern und daher sind der Coursebewegung nach aufwärts wie nach abwärts schon von vornherein unüberfehlige Schranken gezogen. Mit wenigen Ausnahmen blieben auch heute auf den meisten Gebieten die Umfänge sehr eng begrenzt. Nur einzelne

Spekulations-Werthe wären als bevorzugt zu erwähnen. In erster Linie ist hierbei der österreichischen Kredit-Aktien zu gedenken, die in schnellem Tempo mehrere Mark im Course anzogen. Ebenso fanden auch Franzosen gute Beachtung, auch diese gingen mit einer Course-Erhöhung von einigen Mark aus dem heutigen Verkehr hervor. Beliebte waren ferner die österreichischen Nebenbahnen, für die große Kaufaufträge für Wiener Rechnung vorlagen. Der Markt für inländische Eisenbahnaktien verhielt sich sehr still, doch konnten sich die beliebteren Devisen gut behaupten. Für Mainzer zeigte sich Kauflust, auch Thüringer besetzten wieder die Notiz. Mecklenburger fanden dagegen weniger Beachtung. Banfactien waren im Allgemeinen fest, aber sehr still. Von Industriepapieren zeigten sich nur Bergwerks-Aktien bevorzugt. Ausländische Staatsanleihen wurden wenig umge-

setzt, haben aber Rückgänge eigentlich nicht zu verzeichnen. 1880er österreichische Loose zogen etwas in dem Course an. In russischen Werthen verhielt sich die Spekulation sehr reservirt. Von Eisenbahn-prioritäten waren nur die Effecten der verstaatlichten Bahnen Gegenstand der Kauflust. Preussische und andere deutsche Staatspapiere blieben wegen Geschäftslässigkeit fast ganz unverändert. Oesterr. böhmische Bergwerke ließen 2 Prozent im Course nach. - Per Ultimo notiren: Franzosen 483-84,4-83, Lombarden 153-153,50, Kredit-Aktien 492-493-492, Darmstädter Bank 152-151,90-152,10, Disconto-Kommandit-Antheile 176,60-177,40-177, Deutsche Bank 146,40-147,10, Dortmunder Union 82,10-82-82,40-82,25, Laurahütte 116,75-116,70.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 19. November 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of Prussian bonds and money market rates. Includes entries for Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Staats-Schuldsch., Berl. Stadt-Obl., Pfandbriefe, Landf. Central Kur- u. Neumark., Rentenbriefe, etc.

Table of German bonds and money market rates. Includes entries for Röm. G. B. L. 120, Röm. III. rz. 100, Pr. S.-G.-B., etc.

Table of foreign bonds. Includes entries for Amerik. rz. 1881, Norweg. Anleihe, Oesterr. Goldrente, etc.

Table of exchange rates. Includes entries for Amsterdam, London, Paris, etc.

Dank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks. Includes entries for Badische Bank, Bf. Rhein- u. Westf., etc.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stocks. Includes entries for Brauerei Pagenhof, Dammeh. Rattun, etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway stocks. Includes entries for Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Märkische, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table of railway priority bonds. Includes entries for Aach.-Mastricht, Niederrheinl. Märk., etc.

Übersichtl. v. 1874

Table of overview of railway bonds from 1874. Includes entries for Breg.-Neisse, Coi.-Derb., etc.